

## Deutschland.

**Berlin, 24. März.** In Bezug auf die Verleihung von Nothstands-Darlehen an kleine ländliche Grundbesitzer in Ostpreußen hat der Finanzminister eine Erweiterung angeordnet, wonach diejenigen zu den kleinen Grundbesitzern gerechnet werden sollen, deren Liegenschaften zu einem jährlichen Reinertrage von nicht mehr als 300 Thlr. bei der Grundsteueranlage abgeschätzt sind oder die nicht mehr als 300 Mrg. Land besitzen. Der Maximalbetrag eines Darlehens beträgt 300 Thlr. Niemand darf mehr als den Betrag des einjährigen Reinertrags seiner Besitzungen erhalten. Jedem Eigenthümer, der weniger als 10 Morgen Land besitzt, kann, wenn er die nöthige Sicherheit bietet, ein Darlehen von 15 Thalern gegeben werden. Die Beschränkung auf einen Grundbesitz von mindestens 3 Morgen, der als Bedingung für die Gewährung eines Darlehens angenommen war, ist aufgehoben worden. — Eine Clique national-liberaler Scribenten macht sofort nach Zusammenritt des Reichstages wieder die Redefreiheit zum Gegenstand ihrer langweiligen Betrachtungen. Diese Frage ist dem gefunden politischen Urtheil schon früher mit Bezug auf das preussische Abgeordnetenhaus nicht dringlich erschienen, sie ist es jetzt noch viel weniger in Hinsicht auf den Reichstag, der die Redefreiheit bekanntlich bereits in dem ganzen Umfange besitzt, wie sie von liberaler Seite angestrebt wird. Wenn diese Clique glaubt, daß es nur eines Beschlusses des Reichstages bedürfe, um die unbeschränkte Redefreiheit auf für alle Einzel-Landtage herzustellen, so ist das nicht nur ein Verstoß gegen die verfassungsmäßige Kompetenz des Reichstages, sondern auch ein Verkommen der politischen Konvention, wie Beides bei einem klaren politischen Kopf nicht vorkommt. So einschneidende Veränderungen, wie sie in Frage stehen, können nur durch ein Gesetz herbeigeführt werden, zu dem aber bekanntlich nicht bloß die Zustimmung des Reichstages, sondern auch des Bundesraths nöthig ist. Daß man aber die Zustimmung des Bundesraths so im Sturmsturm werde erobern können, ist uns sehr unwahrscheinlich. Es würde sich also höchstens um einen Moonlog des Reichstages handeln, einen Fehler, in dem früher die Fortschrittspartei verfallen ist, die sich durch ihren Monolog in der öffentlichen Meinung des Landes für immer zu Grunde gerichtet hat. Denn nichts ist törichter, als durch Majoritäts-Voten eine Macht zur Schau tragen wollen, die sich zuletzt als Machtlosigkeit herausstellt. Wie gewöhnlich ist in diesem Artikel der Redefreiheit der Korrespondent der „Magdeb. Ztg.“ wieder sehr thätig, dem diese Zeitung schon so manchen ungereimten Artikel verdankt. — Die Ernennung der Landräthe ist jetzt auch für die Elbherzogthümer erfolgt. Bei den Landraths-Ernennungen in Hessen ist auch eine Veretzung vorgekommen. Der bisherige Landrath des Kreises Biedenkopf Mayer ist zum Landrath des Kreises Marburg ernannt worden, durch welche Veretzung manchen Reibungen ein Ende gemacht werden soll, welche zwischen diesem Beamten und einem Theile der dortigen Bevölkerung stattgefunden haben. — Zur Vertheilung unserer gestrigen Nachricht müssen wir bemerken, daß der frühere Polizeirath Albrecht in Halle bisher schon die Geschäfte der Polizeidirektion in Göttingen geführt hat und jetzt zum Polizeidirektor in Kassel ernannt worden ist. Der letztere Stelle bekleidende Polizeidirektor Bernstein ist zum Landrath ernannt worden. — Auf Antrag einiger Konfessoren ist von dem evangelischen Oberkirchenrathe für die Verwaltungsbezirke derselben zugestanden worden, daß die Dispensationen vom 3. Aufgebote nicht mehr bei den Konfessoren, sondern bei den betreffenden Superintendenten nachzusuchen sind. Letzteren ist daher die Weisung zugegangen, einerseits der Bevölkerung ihrer Amtsbezirke hiervon Kenntniß zu geben, andererseits jährlich einen Bericht über die von ihnen erteilten Dispensationen zu erstatten.

**Berlin, 25. März.** Sr. Maj. der König nahm gestern Morgens, im Beisein des Prinzen August von Württemberg, des Gouverneurs Grafen Waldersee, des Stadtkommandanten Grafen Bismarck-Böhlen, die Meldungen der am 22. d. Mts. besichtigten Militärs, unter ihnen den Vice-Admiral Jachmann, entgegen, ließ sich hierauf von den Hofmarschällen Grafen Pücker und Verponcher, dem Polizeipräsidenten von Wurmb, dem Chef des Militärkabinetts v. Trechow Vorträge halten und hatte dann eine Besprechung mit dem General-Adjutanten v. Manteuffel. Nachmittags machten der Kronprinz und die Kronprinzessin von Sachsen, der Großherzog und die Großherzogin von Sachsen-Weimar im königlichen Palais Abschiedsbesuche. Um ½ 5 Uhr fand bei den Majestäten ein Diner statt, zu welchem Einladungen erhalten hatten die Kronprinzessin von Sachsen mit Gefolge, der Großherzog und die Großherzogin von Sachsen-Weimar, der Fürst und der Erbprinz Leopold von Hohenzollern, der Kronprinz, der Prinz und die Prinzessin Karl, sowie der weimarsche Staatsminister v. Wapdorf mit Gemahlin, der Flügeladjutant und Regimentskommandeur Oberst-Leutnant v. Loë &c. Gleichzeitig war bei dem Prinzen Albrecht Diner und nahmen an demselben Theil der Kronprinz von Sachsen, die mecklenburger Herrschaften, die Mitglieder der königlichen Familie, der Prinz August von Württemberg und die übrigen fürstlichen Personen. Abends wohnte der königliche Hof dem in der Singakademie von Dilettanten zum Besten der Armen Berlins ausgeführten Konzerte bei.

Von den am Hofe zum Besuch eingetroffenen Gästen hat gestern Morgens der Großherzog von Oldenburg und Mittags der Herzog von Altenburg die Rückreise angetreten. Abends sind der Kronprinz und die Kronprinzessin von Sachsen und die weimarschen Herrschaften abgereist.

Der Graf von Münster hat zur Rechtfertigung seines Verfassens eine Schrift veröffentlicht, aus der wir folgende Sätze mittheilen: „Ich hatte gethan, was ich konnte, um die alte Dynastie, um Hannover als solches zu retten und zwar trotz der un-

würdigen Behandlung von Seiten des Königs, trotzdem daß ich eigentlich keine Hilfe fand bei denen, die, wie ich, sich hätten dazu berufen fühlen müssen, und die leider nachher, als es zu spät war, eine unnütze und schädliche Opposition im Stillen machten. Mir ist der Uebergang sehr schwer geworden, ich bin sehr lange unschlüssig gewesen, was ich thun wollte. Ich sah nur zwei Wege: entweder mußte ich das Land verlassen, im Ausland leben und mich um Politik gar nicht mehr kümmern, oder das Schicksal des Landes theilen, demselben den Uebergang erleichtern helfen, dann aber auch mitarbeiten am großen nationalen Werke. Ich habe den zweiten Weg gewählt. „Die Agitation, die gleich nach der Annexion in Scene gesetzt wurde, und die vor allem darin bestand, im Volke den Glauben zu verbreiten, daß der König innerhalb einer gewissen Zeit (es wurde immer wieder ein neuer Termin angegeben) wieder seinen Thron besteigen würde, war schlecht, weil sie vielen Unschuldigen Schaden brachte, unklug, weil sie die Sache der Dynastie von der des Vaterlandes trennte, und Liebe zu einer Dynastie ohne Vaterlandsliebe ein Baum ohne Wurzel ist, der keine Früchte tragen kann. Wer es nach der Annexion ehrlich mit dem Welfenhause meinte, mußte dem Könige offen sagen: „Sie haben nur zwei Alternativen, entweder Sie gehen mit der ganzen königlichen Familie nach England, leben dort als englischer Prinz, lassen den Kronprinzen die Welt kennen lernen, fügen sich in das Unvermeidliche und ermahnen Ihre früheren Unterthanen, dasselbe zu thun.“ Dann war es leicht, der königlichen Familie den Grundbesitz zu erhalten, für die Armee, für die königlichen Diener konnte unendlich viel geschehen; oder: „Sie bleiben auf dem Kontinente, selbst in Wien, und setzen sich an die Spitze der national-deutschen Bewegung, sagen den früheren Unterthanen, ich bin besetzt, ich glaube am Bunde festhalten zu müssen, damit auf diese Weise Deutschland machgebietend einig bleibe: es ist mir nicht gelungen.“ Deutschlands Zukunft, Deutschlands Schwerpunkt liegt jetzt im norddeutschen Bunde. Ihr, meine früheren Unterthanen, habt nicht aufgehört, Hannoveraner zu sein, um Preußen zu werden. Deutsche sollt Ihr sein.“ Ich räume ein, daß dazu eine fast übermenschliche Selbsterleugnung gehörte, aber wie klug wäre es gewesen, die alte königliche Familie mit der Nationalitätsfrage, die in Deutschland immer größere Proportion annehmen wird, zu identifizieren. Die Politik, die keinen höheren Zweck verfolgt, sinkt immer mehr oder weniger zur Intrigue herab; Vaterlandsliebe soll immer der moralische Hebel, das Wohl des Vaterlandes der Zweck sein. Ich als Deutscher kenne nur eine Vaterlandsliebe, und das ist die deutsche. Mit Leuten, die im Auslande Heil suchen, die die Deutschen in einen blutigen Krieg verwickeln, sie besetzt setzen wollen, um ihre Pläne zu erreichen, habe ich Nichts zu thun.“

Die politischen Ereignisse in den ostasiatischen Gewässern werden der „B.-u.-Z.“ zufolge in bündelrätlichen Kreisen aufmerksam verfolgt und von mehr als einer Seite wird auf die Nothwendigkeit hingewiesen, den dortigen Angehörigen Deutschlands einen wirksamen Schutz zuzusichern zu können, was in Japan nur durch militärische Machtentfaltung möglich ist. Es wird demgemäß als sehr wahrscheinlich angesehen, daß noch vor der Rückkehr der „Vineta“ nach Europa einige Schiffe gleichen Ranges nach Ostasien abgehen. Die „Vineta“ wird Ende Juni oder Anfang Juli zurück erwartet. In denselben Kreisen weiß man es sehr gut zu würdigen, daß für die Vermehrung der Bundesmarine in diesem Jahre verhältnismäßig wenig gethan wird. Abgesehen davon, daß der Bundesfiskus nicht gerade überfüllt ist, so lobt man die Ansicht des preussischen Marineministeriums, an dessen Spitze von heut ab nicht mehr der Contreadmiral, sondern der Viceadmiral Jachmann steht, sich erst darüber schlüssig zu machen, welchem unter den heutigen Schiffbauarten der Vorzug zu geben sei, ehe man mit größeren und umfassenderen Bauten beginnt. Augenblicklich wendet man große Aufmerksamkeit den Korvetten, gepanzerten wie Glatdeck-Korvetten mit wenigen aber schweren Geschützen, namentlich den 96-Pfündern, zu. Große Schwierigkeiten bereitet noch immer die Ventilation bei Panzerschiffen und gerade diese mangelhafte Ventilation war der Grund, warum Preußen den „Dunderberg“ von Amerika nicht gekauft hat. Das Panzerschiff „Wilhelm“ wird übrigens im September abgenommen sein.

Wie die „Z. C.“ berichtet, hat die konservative Fraktion des norddeutschen Reichstages die Absicht, alsbald nach dessen Konstituierung den in der vorigen Session angekündigten Entwurf wegen Aufhebung der Schulhaft, sowie ein Fabrikgesetz nach dem Muster des betreffenden englischen einzubringen.

Die konservative Fraktion im Reichstage hat sich konstituiert und zu ihrem Vorstand gewählt die Herren: Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode, v. Frankenberg-Ludwigsdorf, Freiherr v. Moltke, v. Denzin, v. Brandenburg.

Der Ausschuss des Bundesraths des norddeutschen Bundes für Handel und Verkehr versammelte sich gestern Mittag zur Fortsetzung der Enquete über das Hypothekensanktionswesen. Sie hat weiter den Landyndikus Groot aus Rostock und den Landrath v. Rieben auf Galenberg (Mecklenburg-Strelitz) mit ihren Ansichten und Vorschlägen gehört.

Die letzten Feldzüge haben auch für die Kavallerie und Artillerie ein dringendes Bedürfnis nach tüchtigen Beschlagsmiedern herausgestellt. Es ist daher auf königlichen Befehl im Anschluß an die Militär-Rosarz-Schule eine Militär-Lehrschmiede errichtet, welche am 1. April eröffnet wird. Dieselbe hat den Zweck, der Armee eine Schule für den kunstgerechten Hufebeschlag zu sein. Diejenigen jungen Leute, welche sich dem thierärztlichen Berufe widmen wollen und zur Aufnahme als Militär-Rosarz-Eleven gemeldet haben, werden in Zukunft nicht mehr in der Schmiede der Thierarzneischule, sondern in der neuen Militär-Lehrschmiede im

Hufebeschlag ausgebildet werden. Es soll dies in einem sechsmonatigen Kursus, welcher dem dreijährigen Studium auf der Thierarzneischule vorangeht, geschehen und erst nach Ablegung der vorgeschriebenen Schmiedepflicht findet die wirkliche Aufnahme als Eleve in die Militär-Rosarzschule statt. Zum Vorsteher derselben ist der bisherige Obermarschall-Rosarz Dominiak ernannt und ihm noch zwei Assistenten aus der Armee kommandirt.

Ueber das Einschleichen des Zollparlaments in die Session des Reichstages hört die „Staatsb. Ztg.“, daß als Termin für den Zusammentritt des Zollparlaments der 25. April in Aussicht genommen sei. Von da ab würde eine Vertagung des Reichstages auf 3 Wochen eintreten; inzwischen soll das Zollparlament seine Arbeiten vollständig erledigen.

Die Abtheilungen des Reichstages haben sich heute konstituiert und zu ihren Vorsitzenden, deren Stellvertretern, Schriftführern und deren Stellvertretern gewählt: Die I. Abtheilung: die Herren Graf Münster, Graf Bethusy-Suc, v. Urub-Bomst, Fockel. — Die II. Abtheilung: Dr. Camphausen, Vogel v. Falckenstein, Dr. Becker (Dortmund), v. Leseow. — Die III. Abtheilung: Lwesten, Fürst Solms-Lich, v. Wapdorf, Dr. Blum (Sachsen). — Die IV. Abtheilung: Graf Schwerin, v. Lud. Wachenhusen, Graf Frankenberg. — Die V. Abtheilung: Dr. Prosch, Dunder, von Seydewitz (Bitterfeld), Weigel. — Die VI. Abtheilung: v. Bernuth, Stavenhagen (Halle), Dr. Friedenthal, Stavenhagen (Radow). — Die VII. Abtheilung: Dr. Löwe, v. Bockum-Dolffo, Dr. Hänel, Graf Kleist. — Es sind dies acht Nationalliberale, sieben Konservative, je drei Freikonservative, Fortschrittspartei, keiner Fraktion angehörig u. s. w. — Die konservative Partei hat sich konstituiert und in ihren Vorstand gewählt die Herren Graf Stolberg, v. Frankenberg-Ludwigsdorf, v. Moltke, v. Denzin, von Brandenburg.

Ein recht großer Uebelstand unserer Pocheinrichtung, der namentlich die Handelswelt recht schwer trifft, ist der, daß Courier- und zum Theil auch Schnellzüge nur Briefpostgegenstände befördern, Geldbriefe und Werthsendungen dagegen nicht. Letztere werden nur von Personenzügen, die durch ambulante Postbüreau begleitet werden, befördert. So findet beispielsweise mit den von Berlin nach Köln gehenden Zügen nur eine tägliche zweimalige Beförderung von Geldern statt. Im Interesse des Geldverkehrs wäre eine Aenderung wohl wünschenswert.

Durch den angekündigten Gesekentwurf über die Bundesbeamten wird auch eine Frage zur Entscheidung kommen, die Jahre lang im preussischen Abgeordnetenhaus zur Sprache gekommen ist, ohne ihre Erledigung zu finden. Bekanntlich wurden in Preußen die Militär- und Marinebeamten nicht auf die Verfassung vererdigt. Seit Gründung des norddeutschen Bundes sind diese Beamten aber als Bundesbeamte anzusehen und müssen als solche alle nach Art. 18 der Verfassung durch das Präsidium für den Bund vereidigt werden.

Bekanntlich gehören, wenn ein Militärpflichtiger nur ein Jahr dienen will, außer der wissenschaftlichen Bildung hierzu auch Geldmittel, ohne welche selbst bei genügenden geistigen Fähigkeiten Niemand im Stande ist, den Vortheil dieses Systems zu genießen. Diesem Uebelstande der Ungleichheit abzuwehren, sind in Hamburg eine Anzahl angesehenen Bürger zusammengetreten, einen Verein zu begründen, dessen Aufgabe es sein soll, den unbemittelten Dienstpflichtigen der dortigen Gemeinden, welche wissenschaftliche Befähigung zum Freiwilligendienst besitzen, die Mittel zur Equipierung, ein mäßiges Taschengeld und event. Beförderung und Logis für das Dienstjahr zu beschaffen.

Wie die „D. A. Ztg.“ hört, wird der deutsche Journalistentag im Laufe des Monats Mai (während des Zollparlaments) nach Berlin berufen werden. Unter den Gegenständen der Tagesordnung sollen sich befinden: das Telegraphenwesen, das Inseratenwesen (aus Anlaß des Stemann'schen Falles), das literarische Eigentum &c.

**Kiel, 23. März.** Die wöchentliche Dampfschiffverbindung zwischen Kiel und Christiania wird am 12. April von Christiania aus wieder eröffnet.

**Lübeck, 24. März.** Die „Eisenbahnzeitung“ meldet: daß die heute stattgefundene Generalversammlung der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft den Vertrag mit der mecklenburgischen Regierung Betreffs des Baues einer Eisenbahn von Lübeck nach Kleinen sanktionirt hat.

**Dresden, 24. März.** Zweite Kammer. Die Generaldebatte über das neue Wahlgesetz wurde beendet. Bei der Abstimmung wurde der Paragraph 63 des Gesetzes unter Ablehnung aller Amendements lediglich in Uebereinstimmung mit der Regierungsvorlage angenommen. Der Paragraph bestimmt, daß die zweite Kammer aus 35 von den Städten und 45 von den ländlichen Wahlkreisen zu wählenden Abgeordneten bestehen soll. Die Debatte wird in der heutigen Abendsession fortgesetzt werden.

**Chemnitz, 23. März.** Nachdem das sächsische Wahlgesetz vier Monate lang von der betreffenden Kommission beraten wurde, kommt es gerade zum 23. d., als dem Eröffnungstage des Reichstages, in der zweiten Kammer zur Beratung. Es scheint fast, als ob eine abschließliche Verzögerung von Seiten der Kommission vorliege, deren Referent der Antipokse „Sachse aus Freiberg“ ist, der noch neulich „Sachsen unter dem Joche des norddeutschen Bundes schmachten“ sah. Es drängt sich dabei unwillkürlich die Frage auf, ob es überhaupt gestattet sein kann, daß während des Reichstages ein Sonderlandtag tagen kann, um dessen Mitgliedern, die zugleich Reichstags-Mitglieder sind, eine Entschuldigung für ihr Nichterscheinen auf diesem zu gewähren. Jedenfalls steht der Reichstag über einem Sonderlandtag und sollte dieser vertagt werden, wenn ersterer eröffnet wird. Die Sache macht großes Aufsehen.

